

**Antrag 12/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Berufsorientierung – Gleiche Chancen für alle****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Der Übergang von der Schule in den Beruf ist eine ent-  
2 scheidende und oft herausfordernde Phase im Leben jun-  
3 ger Menschen. Eine frühzeitige und professionelle Berufs-  
4 beratung ist ein wertvolles Instrument, um sie auf die-  
5 sem Weg zu unterstützen und ihnen Perspektiven aufzu-  
6 zeigen.

7  
8 Die aktuelle Praxis der Jobcenter und der Bundesagentur  
9 für Arbeit, gezielt und verpflichtend auf Jugendliche zu-  
10 zugehen, sobald sie das 15. Lebensjahr erreichen und ihre  
11 Familien Bürgergeld beziehen, ist jedoch zutiefst proble-  
12 matisch und erniedrigend.

13  
14 Diese Praxis stigmatisiert junge Menschen aufgrund der  
15 finanziellen Situation ihrer Eltern. Sie erweckt den Ein-  
16 druck, dass bei Kindern aus einkommensschwachen Fami-  
17 lien per se ein besonderer Kontroll- und Handlungsbedarf  
18 besteht. Statt sie als Talente mit Potenzial zu sehen, wer-  
19 den sie primär als potenzielle zukünftige „Fälle“ für das  
20 Jobcenter behandelt. Dies übt einen enormen Druck auf  
21 die Betroffenen aus und steht im Widerspruch zu unserem  
22 sozialdemokratischen Grundsatz der Chancengleichheit.

23

24 **Wir kämpfen gegen jede Form von Diskriminierung.**

25 Orientierungslosigkeit nach der Schule kann jede\*n be-  
26 treffen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Deshalb  
27 braucht es ein flächendeckendes Beratungsangebot, das  
28 allen Jugendlichen freiwillig offensteht und echte Unter-  
29 stützung bietet, ganz ohne Zwang, ohne Sanktionen und  
30 unabhängig vom Leistungsbezug der Familie.

31

32 Schaffung eines universellen, niedrigschwelligen Bera-  
33 tungsangebots: Es soll ein flächendeckendes, qualitativ  
34 hochwertiges und freiwilliges Berufsorientierungs- und  
35 Beratungsangebot für alle Schülerinnen an allgemein-  
36 bildenden Schulen etabliert und finanziert werden. Die-  
37 ses Angebot soll in den Schulen verankert und in ver-  
38 trauensvoller Kooperation mit den Jugendberufsagentu-  
39 ren durchgeführt werden. Ziel ist es, allen Jugendlichen  
40 unabhängig von sozialem Status oder Unterstützungsbe-  
41 darf einen diskriminierungsfreien, frühzeitigen Zugang zu  
42 Orientierung und individueller Beratung zu ermöglichen.

43

44 Eine weitere Perspektive auf dieses Thema ist folgendes:  
45 Aus einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung von 2025  
46 zum Thema Ausbildungsperspektiven geht hervor, dass  
47 jede fünfte Person der befragten 14 bis 25-Jährigen nach

48 dem Beenden der Schulzeit direkt ohne formale Quali-  
49 fizierung arbeiten möchte. Dieser Trend ist besorgniser-  
50 regend. Im Hinblick auf den in Deutschland immer kriti-  
51 scher werdenden Arbeitsmarkt, muss gezielt auf Ausbil-  
52 dung gesetzt werden. Immer mehr junge Menschen arbei-  
53 ten, entscheiden sich jedoch anscheinend gegen eine di-  
54 rekte, zukunftsichere Ausbildungsstelle. Dabei senkt ein  
55 Berufsabschluss statistisch das Armutsrisiko sowie das Ri-  
56 siko, arbeitslos zu werden.

57

58 Nach der Bertelsmann Stiftung fühlen sich die Befragten  
59 nicht ausreichend auf den Such- und Bewerbungsprozess  
60 vorbereitet. Zudem fehle ihnen ausreichende Informatio-  
61 nen über die verschiedensten Ausbildungsberufe und -  
62 bereiche. Hinzu kommt, dass die Angebote für gewünsch-  
63 te Ausbildungsplätze zu unattraktiv sind oder nicht in der  
64 Region der Befragten vorhanden sind.

65

66 Für Menschen, die sich nach dem Schulabschluss in der  
67 sogenannten Übergangszeit befinden – also noch unent-  
68 schlossen sind oder keine Ausbildungsstelle gefunden ha-  
69 ben – , besteht die Möglichkeit, sich als ausbildungssu-  
70 chend zu melden. Dieses Angebot ermöglicht gezielte und  
71 professionelle Berufsberatung, weiter bestehenden An-  
72 spruch auf Kindergeld (sofern noch nicht das 25. Lebens-  
73 jahr erreicht) sowie Anspruch auf Rentenpunkte. Doch wie  
74 bereits oben festgestellt, entscheiden sich immer mehr  
75 junge Menschen zunächst für den Arbeitsweg ohne for-  
76 male Qualifizierung. Dadurch wird das Angebot, sich als  
77 ausbildungssuchend zu melden, nicht wahrgenommen  
78 bzw. kann nicht genutzt werden.

79

80 Dies kann dazu führen, dass Menschen, die potenziell eine  
81 Ausbildung beginnen könnten, die Chance auf gute, ziel-  
82 führende Berufsberatung im Hinblick auf Ausbildung ver-  
83 passen und somit auch den Anschluss an eine sichere be-  
84 rufliche Karriere versäumen.

85

86 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass junge Menschen so  
87 früh wie möglich eine zukunftsichere Ausbildung finden.  
88 Nur so können sie schnellstmöglich eine gute und forma-  
89 le Qualifizierung erlangen für ein sicheres und selbstbe-  
90 stimmtes Leben! Dies würde auch einen Beitrag zum im-  
91 mer präsenter werdenden Fachkräftemangel leisten!

92

93 Eine Möglichkeit für frühzeitige Beratung bieten die sog.  
94 Jugendberufsagenturen.

95

96 **Deshalb fordern wir:**

97

- 98 • Die Einführung eines Berufsberatungsgespräches in
- 99 Kooperation mit den Jugendberufsagenturen recht-
- 100 zeitig vor dem angestrebten Schulabschluss, wo-

- 101 bei allen Schüler\*innen zur Unterrichtszeit ein Ge-  
102 sprächstermin zur Verfügung gestellt wird. Sollten  
103 die Schüler\*innen keinen persönlichen Mehrwert an  
104 einem Berufsberatungsgespräch sehen erfolgt eine  
105 individuelle Abmeldung von Schüler\*innen-Seite
- 106 • Beendigung der selektiven Praxis: Die verpflich-  
107 tende Kontaktaufnahme und Einladung von  
108 15-jährigen Jugendlichen allein aufgrund des  
109 Bürgergeld-Bezugs ihrer Eltern ist zu beenden.
  - 110 • Die Anschließende sachgerechte freiwillige Weiter-  
111 vermittlung durch die JBA von Schüler\*innen, wel-  
112 che noch keine Ausbildungsstelle gefunden haben!
  - 113 • Dass bei einer erfolgreichen Vermittlung während  
114 der Übergangszeit die JBA die Statusänderung der  
115 vermittelten Person übernimmt
  - 116 • Eine ausreichende Finanzierung und personelle Aus-  
117 stattung der JBA
- 118